

Resolution zur Entlastung der Kolleginnen und Kollegen bei Dienstbesprechungen und Fortbildungen

Der PhV Baden-Württemberg stellt fest:

Das gesamte Berufsbild der Gymnasiallehrerinnen und -lehrer hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Die Tätigkeiten an der Schule haben massiv zugenommen: Deutlich mehr Konferenzen, Fachsitzungen, Vorbereitung und Durchführung der neuen Abiturprüfungen, Bildungsplanarbeit in der Schule (Schul- und Mediacurricula) und nicht zuletzt die Digitalisierung, deren konkrete Umsetzung und deren Nutzen leider nicht immer gesichert sind, füllen die Terminkalender der Lehrkräfte.

Die Arbeitsverdichtung nimmt immer weiter zu, die Arbeitszufriedenheit sinkt in gleichem Maße. Gerade weil für unser eigentliches Kerngeschäft, nämlich guten Unterricht, seit Jahren immer weniger Zeit bleibt.

Die jüngste zusätzliche Pflicht für alle Lehrkräfte an Gymnasien sind die Dienstbesprechungen mit den Fachberatern Aufsicht der Regierungspräsidien.

Die künstliche Trennung in Fachberater Aufsicht und Fachberater Unterricht führt seit dem Jahr 2019 zu einer Steigerung der Termindichte, denn jede Lehrkraft muss in allen ihren Fächern an einer zusätzlichen Dienstbesprechung teilnehmen, die beispielsweise nach den Vorgaben des RP Stuttgart grundsätzlich drei Zeitstunden nicht unterschreiten soll.

Zu oft gehen dabei die Dienstbesprechungen durch die Standardisierung der Tagesordnungen und (gedoppelte) Inhalte am Bedarf der Kolleginnen und Kollegen vorbei. Die Fachberaterinnen und Fachberater können bedingt durch die vorgegebene Struktur die Anforderungen, Wünsche und Bedürfnisse der Lehrkräfte vor Ort gar nicht angemessen berücksichtigen.

Besonders ärgerlich ist, dass wegen dieser zusätzlichen (zeitlichen) Belastung viele Kolleginnen und Kollegen Fortbildungen der FBUs des ZSL seltener wahrnehmen, obwohl diese gerade für den Erhalt der Fachlichkeit am Gymnasium von essentieller Bedeutung sind. Immer wieder müssen gute Fachfortbildungen abgesagt werden, weil zu wenige Kolleginnen und Kollegen Zeit dafür finden.

Der PhV Baden-Württemberg erklärt:

Wir fordern ein Ende der gegenseitigen Kannibalisierung der Veranstaltungen von Fachberatern Aufsicht der RP und Fachberatern Unterricht des ZSL.

Jede Form der Fortbildung muss weiterhin auf Freiwilligkeit beruhen, die durch verpflichtende Dienstbesprechungen, die oft entgegen den Vorgaben einen Fortbildungscharakter aufweisen, nicht unterlaufen werden darf.

Ziel muss es sein, die Kolleginnen und Kollegen in die Lage zu versetzen, Fortbildungen auszuwählen, die ihrem individuellen Bedarf entsprechen – dies kann nur mit einer zeitlichen Entlastung gelingen.

Wir fordern daher die Reduktion des Deputats auf 23 Unterrichtsstunden.

Philologenverband Baden-Württemberg